



Thomas Maurer, Handwerker

In Ansbach/ Mittelfranken geboren am 25 Oktober 1966, in den siebziger Jahren Umzug nach Reutlingen mit einjährigen Verblieb, anschließend Umzug nach Tübingen. Besuch einer Realschule in Tübingen. Abschluss in der mittleren Reife 1984, Fachgebiet Natur und Sozialwissenschaften. Verweigerung des Dienstes an der Waffe.

Danach erfolgreicher Abschluss einer 3 jährigen Lehre zum Spezialbaufacharbeiter in einer Tübinger Firma. Nach 8 Jahren Wechsel zu einer bundesweit agierenden Firma (Schwerpunk Bauwerkserhaltung + Brückenbau). Ernennung zum Werkpolier in 1994, Mitglied im Betriebsrat. Nach Auflösung des Geschäftsfeldes Bauwerkserhaltung, Wechsel zu einem Mittelständischen Unternehmen (Schwerpunkt Hochbau, Brückenbau und Bauwerkserhaltung). Ständige Weiterbildungen in verschiedenen Fachgebieten, Ausbildung zur Einhaltung von

Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz.

Ich arbeitete im Jahr 2000 bis 2001 im Arbeitskreis Tübingen des Vereins "Mehr Demokratie" als aktives Mitglied an der Einführung von landesweiten Volksentscheiden in Baden-Württemberg mit. Nach Verlagerung meiner Interessen schloss ich mich dem Initiativkreis besorgter unabhängiger Bürger im Raum Reutlingen an. Anfang 2002 übernahm ich den Kreis und baute das Wirkungsgebiet auf ganz Süddeutschland aus. In Zusammenarbeit mit einem Kollegen aus Bamberg entstand ein neuer Kreis in Bamberg. Wir organisieren Vortragsabende, laden Referenten ein, knüpfen Kontakte zu anderen Initiativen, informieren über demokratische Entwicklungen und betreuen die Internetseite von www.buergerzubuerger.de.

Mein Hauptinteresse liegt in der praktikablen Einführung von Volksentscheiden auf Landes, Bundes und Europäischer Ebene, ähnlich dem Modell der Schweiz. Es reicht nicht aus, seine Stimme alle vier Jahre einer Partei zu geben. Der Bürger sollte sich mehr in die Politik einbringen und Entscheidungen nicht allein den Politikern überlassen. Ich setze mich für gewaltfreie Konfliktlösungen ein und lehne jede Beteiligung an Angriffskriegen ab.

Auf kommunaler Ebene befürworte ich eine Stärkung der Bürgerschaft durch mehr Mitbestimmung in der Haushaltspolitik und Sozialpolitik. Auch die Stärkung des Handwerks und des Mittelstands in der Region liegt mir am Herzen, um Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten und neue zu schaffen. Durch eine vernünftige Verkehrspolitik sollten die Innenstädte wieder attraktiver werden und die ansässigen Händler konkurrenzfähig bleiben. Eine Ausgabenpolitik der Kommunen mit Augenmaß ist Voraussetzung um die Kommunen handlungsfähig zu erhalten.

Auf Landesebene gilt mein Einsatz besonders der praktikablen Einführung von Volksentscheiden, um den Bürger stärker an der Landespolitik zu beteiligen. In der Bildungspolitik darf es keine unnötigen Experimente an unseren Kindern geben. Fördern und fordern muss im Mittelpunkt stehen, um ihnen einen Einstieg in die Berufswelt zu ermöglichen. Auf weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen ist zu verzichten, um die Kaufkraft der Bürger in der Region zu erhalten. Der Landeshaushalt sollte mit seinen Einnahmen wirtschaften und keine neuen Schulden aufnehmen. Personen die das bestehende Sozialnetz missbrauchen, sollten im Sinne der Allgemeinheit stärker dafür zur Rechenschaft gezogen werden, z.B. durch Sozialarbeit oder sonstige Beteiligung an öffentlichen Aufgaben.

Auf Europäischer Ebene soll kein europäischer Superstaat mit riesigem Machtapparat entstehen. Ich will eine politische Begrenzung von Europa und setze mich für Volksabstimmungen ein, die in Zukunft über eine weitere Aufnahme neuer Mitgliedsländer entscheiden sollen. Auch der Erhalt der regionalen Landwirtschaft und die Stärkung der deutschen Wirtschaft sowie den Erhalt der damit verbundenen Arbeitsplätze in der Region ist mir wichtig. Die Tendenz zur Vereinheitlichung und Gigantomanie zermalmt alle lokal und in Jahrhunderten gewachsenen Strukturen und zerstört damit jede Verbundenheit zu Heimat und Herkunft. Die bundesdeutschen Betriebe müssen geschützt werden vor Lohndumping und Untergrabung von Tarifverträgen. Schwarzarbeit, Schiebereien und organisierte Kriminalität müssen stärker bekämpft und die europäischen Grenzen besser geschützt werden. Europa muss transparenter, überschaubarer und demokratischer werden. Die Kosten müssen gerechter verteilt und dem Missbrauch von Macht und Korruption muss Einhalt geboten werden. Nur so kann eine breite Akzeptanz gegenüber Europa erreicht werden.

Direkte Demokratie schafft Verbundenheit und Verantwortung aller für unser Gemeinwesen – ob auf europäischer, kommunaler oder regionaler Ebene – in Frieden und Freiheit; was der Genossenschaftsgedanke in Vergangenheit und Gegenwart an gelebter Mitmenschlichkeit ermöglicht hat, sollte in allen Bereichen unserer Gesellschaft wieder stärkeren Einfluss gewinnen.